

Delegierten-Materialien

Teil II

für die

**1. Tagung des
2. Parteitags
der Partei DIE LINKE.Hamburg**

im

**Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes
in Hamburg-Farmsen**

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

**Samstag, der 10. April,
Sonntag, der 11. April und
Samstag der 17. April**

Übersicht der gestellten Anträge

Nr	Titel	Antragsteller	Vorschlag / Wunsch TOP	Datum Eingang	Seite
A-5b-11	Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen.	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz	11	10.03.2010	3
A-14-12	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	5
A-15-12	Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	6
A-16-12	Keine weitere Elbvertiefung	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	7
A-17-12	Vergesellschaftung der Energiekonzerne	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	9
A-18-4	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik	Ersetzungsantrag zu A-8-4 Ag Studierendenpolitik, Stadtteilgruppe Eppendorf/Winterhude/Hoheluft Ost	4	03.04.2010	11
A-19-12	Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages	Angelika Traversin, Martin Schöning, Nicolai Meyer, Olaf Walther	12	06.04.2010	14
A-20-12	Doppelrennbahn in Horn	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)	12	06.04.2010	15
A-21-12	Initiativantrag: finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)	Stefan Dührkop und Ronald Wilken sowie die Stadtteilgruppe Wilhemsburg/Veddel	12	06.04.2010	16
A-22-12	Frieden beginnt mit Opposition	AG Frieden und Abrüstung	12	07.04.2010	17
A-23-12	Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend [solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)	12	06.04.2010	18

Stand: 7. April 2010

Titel	Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz
Datum	10.03.2010

Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen

Seit dem Einzug der Linken in die Bürgerschaft und alle Bezirksversammlungen ist die Zusammenarbeit der Fraktionen und der Parteiorganisationen ein immer wieder und oft heiß diskutiertes Thema. Die folgenden Empfehlungen sind ein Beitrag zur Versachlichung und wollen orientierend auf die politische Praxis wirken.

Die gewählten Abgeordneten und die Fraktionen sind frei in ihren Entscheidungen und Handlungen. Das ist die Rechtslage und als Grundsatz der unstrittige Ausgangspunkt. Gleichwohl ist es für eine linke Partei, die die Gesellschaft verändern will, unabdingbar, dass das Handeln der Fraktionen Ausfluss der Politikentwicklung der Partei insgesamt ist. Die Fraktionen sind Teil einer Linken, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht. Aufgrund ihrer Funktion im politischen System und ihrer Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen agieren sie jedoch in besonders hervorgehobener Position und sind im parlamentarischen Prozess ganz eigenen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Die Verzahnung und die Abstimmung der Arbeit der Fraktionen mit den Aktivitäten der Partei, ihrer Gliederungen und Zusammenschlüsse ist daher zentrale Aufgabe im Landesverband, bei der wir noch über wenig praktische Erfahrung verfügen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Empfehlungen zu verstehen.

1. Der kontinuierlichen und aktiven Mitarbeit von Mitgliedern unserer Partei in außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften kommt besondere Bedeutung zu. Sie wird auch von den Abgeordneten und Fraktionen der LINKEN nach Kräften unterstützt.
2. Bei dieser Zusammenarbeit spielen die Arbeitsgemeinschaften eine besondere Rolle. Es ist anzustreben, dass Abgeordnete, Ausschussmitglieder und Deputierte sich in den Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den AGs einbringen.
3. Zur Koordination der Arbeit und der gemeinsamen Politikentwicklung nehmen Vertreter der Fraktionen regelmäßig an den jeweiligen Vorstandssitzungen teil und umgekehrt.
4. Damit die LINKE auch in den Bezirken eine Adresse hat, wird den Bezirksfraktionen empfohlen, gemeinsam mit den Bezirksverbänden und der Bürgerschaftsfraktion eine entsprechende materielle Infrastruktur zu schaffen. Die strengen Regeln der Parteienfinanzierung und der Finanzierung der Fraktionen sind strikt einzuhalten. Zur Förderung des Meinungsaustauschs mit der interessierten Öffentlichkeit sollten die Bezirksfraktionen zusammen mit den jeweiligen Parteigliederungen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen über die Arbeit durchführen.
5. Die Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksfraktionen stellen ihre Vorschläge für die Besetzung des jeweiligen Fraktionsvorstandes dem Landesparteitag bzw. den Bezirksmitgliederversammlungen vor, damit über den Weg von Empfehlungen Einvernehmen über die Besetzung hergestellt werden kann.
6. Die Fraktionsvorstände sollten mindestens alle zwei Jahre gewählt werden.

7. Den Fraktionen wird empfohlen, jeweils einen Projektfond einzurichten, der Initiativen vor Ort und demokratische und soziale Projekte unterstützt.
8. Bei der Auswahl von Fraktionsgeschäftsführern und Pressesprechern sollte zwischen Parteivorständen und Fraktionen Einvernehmen hergestellt werden.
9. Alle Beschäftigungsverhältnisse sollten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Bei der Besetzung sollte der Vorstand der jeweiligen Parteigliederung einbezogen werden. Bei den Punkten 8. und 9. ist dem Datenschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
10. Die Fraktionen passen ihre Geschäftsordnungen nach Beschlussfassung diesen Regeln an.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Begründung:

Auch zum Verhältnis von Partei und ihren parlamentarischen Vertretungen gibt es in einer pluralen LINKEN zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen. Oft verbleiben sie im Grundsätzlichen und werden als allgemeines Prinzip geäußert, und ebenso oft entzünden sich unterschiedliche Standpunkte an Einzelfragen. Das ist für eine linke Partei, die seit 2008 zum ersten Mal nach Jahrzehnten parlamentarisch vertreten ist, eher normal.

Deshalb fanden wir es erforderlich, im Gegensatz zum ursprünglichen Antrag das Verhältnis von Partei und Fraktion zunächst allgemein zu fassen und im Anschluss daran Empfehlungen zur praktischen Umsetzung zu formulieren.

Natürlich sind die Fraktionen dem gleich programmatischen Anspruch verpflichtet wie die Parteigliederungen, aber aufgrund ihrer relativen Selbständigkeit im politischen System und ihrer unterschiedlichen Geschwindigkeit ist die Abstimmung der politischen Aktivitäten von Partei(gliederungen) und Fraktionen eine große Herausforderung, die vor allem eine gemeinsame Schwerpunktsetzung und gute Kommunikation erfordert.

Hinzu kommt, dass die Parteien von der medialen Öffentlichkeit nahezu ausschließlich über die Aktivitäten ihrer Parlamentarier wahrgenommen werden, was die Sicht auf das Problem nicht immer erleichtert.

Es geht also darum, Arbeitsweisen zu entwickeln, die dem gemeinsamen programmatischen Anspruch genügen und die praktische Zusammenarbeit befördern. Das ist die Aufgabe in den nächsten Jahren, und dem sollen diese Empfehlungen dienen.

Erwähnt werden sollte noch, dass der vorliegende Antrag auf einem früheren Antrag des Ortsverbands Walddörfer/Alstertal beruht, der mehrfach nicht behandelt werden konnte, worauf hin der Landesvorstand eine Kommission, bestehend aus den Antragstellern, eingesetzt hat, um sich dieser wichtigen Angelegenheit anzunehmen. Der von der Kommission überarbeitete Entwurf ist dann im November an die Fraktionen, Gliederungen und Zusammenschlüsse gegangen, es hat etliche zustimmende Rückmeldungen und einige leichte Änderungsvorschläge gegeben, die von den Antragstellern eingearbeitet wurden.

Titel	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten

Sachverhalt:

Aus dem Koalitionsvertrag SPD – DIE LINKE in Brandenburg vom 05. 11.2009 / Kapitel „Wirtschaft, Energie“:

„... Die Koalition hält an der Verstromung des wichtigen einheimischen Energieträgers Braunkohle als Brückentechnologie fest. Als Beitrag zum Klimaschutz wird sich die Landesregierung für die schrittweise Umstellung auf CO2-arme Kraftwerke einsetzen. Die Koalition strebt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Braunkohlekraftwerke ab 2020 nur bei dramatischer Reduktion des CO2-Ausstoßes genehmigt werden. Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2030 festgelegten CO2-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und weiteren 35 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 erreicht werden können. (...)"

Beschlussvorschlag:

Koalitionsvereinbarungen dürfen nicht grundlegende Ziele des Klimaschutzes und die ökologische Glaubwürdigkeit der LINKEN geopfert werden. Das „Einknicken“ der LINKEN in Brandenburg in Sachen Kohleausstieg hat die Grenzlinie des in einem Koalitionskompromis noch Hinnehmbaren überschritten.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Man kann nicht erst ein Volksbegehren unterstützen mit dem Inhalt, bis 2040 „schrittweise aus der Braunkohle auszusteigen“ und auf 100 % erneuerbare Energien zu setzen, um dann bei Koalitionsverhandlungen das alles „vergessen“ zu machen, sprich: über Bord zu werfen. Dies fügt dem Ansehen und der ökologischen Glaubwürdigkeit der LINKEN erheblichen Schaden zu.

Wir bitten den Landesvorstand, unseren Antrag mit einem positiven Votum dem Landesverband Brandenburg der LINKEN und dem Parteivorstand zukommen zu lassen.

Bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen wird der Antrag mehrheitlich beschlossen.

Titel	Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf:

Ab sofort erhalten **alle** Hamburger Mitglieder der Partei DIE LINKE Einladungen zu den Parteitagen der Partei DIE LINKE, die der Hamburger Landesverband durchführt. Auch **Nicht-Delegierte** erhalten diese Einladungen.

Die Einladungen sollen enthalten: Ort und Zeitpunkt sowie die (vorgeschlagene) Tagesordnung des jeweiligen Parteitages.

Da nicht alle Mitglieder über einen Internetanschluss verfügen, schlagen wir vor, die Einladungen an alle Mitglieder **per Post** zu versenden. Weiteres Vorbereitungsmaterial wird auf Nachfrage zugesandt und liegt in den Bezirksfraktionsbüros aus.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Zur Erläuterung und Begründung:

Wir erinnern an unseren Antrag mit gleichem Inhalt, den wir bereits 2009 gestellt haben. Wir plädieren für diese Regelung, weil wir nicht wollen, dass der Eindruck entstehen könnte, es gäbe in unserer Partei „Mitglieder 1. und 2. Klasse“. In einer demokratischen Partei müssen alle Mitglieder gleiche Rechte haben, unabhängig davon, ob sie Delegierte sind.

Für den Fall, dass es Finanzierungsprobleme geben sollte, empfehlen wir einen entsprechenden „Zuschuss-Antrag“ an unseren Parteivorstand.

Bei einer Gegenstimmung, 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Titel	Keine weitere Elbvertiefung
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Keine weitere Elbvertiefung

Der Hamburger Landesparteitag der LINKEN am 10./11. April 2010 solle beschließen:

DIE LINKE in Hamburg fordert: keine weitere Elbvertiefung! Sie fordert den Senat und die Hamburger Bürgerschaft auf, auf alle Maßnahmen unwiderruflich zu verzichten, die die Durchführung entsprechender Maßnahmen ermöglichen bzw. begünstigen könnten.

DIE LINKE fordert eine Aktualisierung des alten Wärmelastplans von 1973.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

1.) *Seit Jahren wird über Vor- und Nachteile einer etwaigen weiteren Elbvertiefung in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Bereits sechsmal wurde die Elbe den Schiffen angepasst. Der damalige Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) wandte sich strikt gegen eine Elbvertiefung und versuchte, Hamburgs Ersten Bürgermeister Ole von Beust zu einer Änderung seiner Position zu bewegen.*

Hier nur einige wenige Stationen: Sommer 2004: Streit zwischen Handelskammer und Senat um die Anmeldung der Schutzgebiete.

März 2009: Fachleute sagen: Der Hafen kann auch ohne Elbvertiefung wachsen.

12. August 2009: „Die geplante Elbvertiefung muss eine neue Hürde nehmen ... und verzögert sich.“ (NDR Online)

September 2009: Die Samtgemeinde Lühe macht Einwendungen gegen die Elbvertiefung geltend.

15.12.2009: Ole von Beust erklärt: „Zur Elbvertiefung gibt es keine Alternative.“

Gegen eine weitere Elbvertiefung sprechen ökologische Aspekte (Flussvertiefungen contra Hochwasserschutz) sowie die im Interesse der Hamburger Bevölkerung (und der BewohnerInnen des Hamburger Umlandes) unbedingt zu gewährleistende Sicherheit der Deiche. Es gibt nur die Möglichkeit, sich für die Sicherheit der Deiche bzw. für ökologische Belange einzusetzen oder eine Entscheidung zu treffen, die die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt in den Mittelpunkt rückt.

2.) *Der Hamburger Senat hat am 23.12.2008 den so genannten Elbe-Wärmelastplan („Wärmelastplan Tideelbe“) verabschiedet. Damit liegt ein neuer Wärmelastplan der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Elbe zwischen Geesthacht und Cuxhaven vor.*

Dazu erklärte Dora Heyenn, umweltpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

„Der vorliegende Plan ist bereits ein Kompromiss mit Wirtschaftsinteressen und stellt ohnehin nur das ökologische Minimum zum Schutz der Elbe dar.

Das 'Hamburger Sauerstoffloch', die hohen Wassertemperaturen in den Sommermonaten und die zusätzlich durch den geplanten Bau von 7 neuen Kohlekraftwerken in Hamburg-Moorburg, Stade und Brunsbüttel zu erwartenden massiven Einleitungen von erwärmtem Kühlwasser erfordern dringend eine Aktualisierung des alten Wärmelastplans von 1973. Durch die Wasserrahmenrichtlinie der EU ist eine Verbesserung des Zustandes der Gewässer bis 2015 vorgeschrieben.“

Der Antrag wird mehrheitlich bei 1 Enthaltungen und 1 Gegenstimmen beschlossen.

Titel	Vergesellschaftung der Energiekonzerne
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Vergesellschaftung der Energiekonzerne

Der Landesparteitag solle beschließen:

DIE LINKE. Landesverband Hamburg tritt für eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne - nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen ein!

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Sachverhalt:

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei DIE LINKE fordert in seinem Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen u.a.:

„Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen über eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Kriegen um fossile Brennstoffe beteiligen. (...) Für dezentrale und kommunale Energieversorgungsstrukturen: Die Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden. Sie gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden. Bereits privatisierte Anteile von Stadtwerken müssen rekommunalisiert werden. Die Energiepreise werden sozialverträglich gestaltet. Eine neue Energiepolitik ist an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz auszurichten. (...) Keine Atomtransporte, für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. (...)“
(Wahlprogramm DIE LINKE.NRW – Landtagswahl 2010, Langfassung, S. 37)

Diese Forderungen möchten wir ausdrücklich unterstützen und deshalb auch die Stromversorger in Hamburg (Vattenfall) in die Liste der Energieriesen, die in die öffentliche Hand zurückgegeben werden sollen, einbeziehen.

Darüber hinaus erscheinen uns auch die friedenspolitischen Forderungen / Aussagen des o.g. Wahlprogramms voll unterstützenswert.

Wir unterstützen die energiepolitischen Forderungen bzw. die Forderungen nach Vergesellschaftung bzw. Re-Kommunalisierung der Energiekonzerne u.a. aus folgenden Gründen (diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

Begründung:

- 1. Die Energiekonzerne – insbesondere im Gas-Bereich – betreiben eine Abzocke zu Lasten der (End-) Verbraucher, die sich „gewaschen“ hat. Jahresabrechnungen von E.ON zum Beispiel sind in der Regel nicht transparent und nicht korrekt.*

- *Die Energiekonzerne behindern den Ausstieg aus der Atomenergie, sie laufen gegen den Ausstieg aus der Atomenergie Sturm.*
- *E.ON und Vattenfall betreiben Schrott-Reaktoren wie zum Beispiel das AKW Krümmel.*
- *Die Energiekonzerne behindern den Einsatz erneuerbarer Energien.*

Der Antrag wird einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen.

Titel	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik
Tagesordnungspunkt	4
Antragsteller	Ersetzungsantrag zu A-8-4 (Antragsheft Teil I, Seite 12ff.) Ag Studierendenpolitik, Stadtteilgruppe Eppendorf/Winterhude/Hoheluft Ost
Datum	03.04.2010

Der Landesparteitag möge als Grundorientierung der gemeinsamen Politik befassen, beraten und beschließen:

1 **Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns**
2 **Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik**

3 *„Eine Partei, die neben dem Glauben an die Gesetze auch den Adel verwerfen würde, hätte sofort*
4 *das ganze Volk hinter sich, aber eine solche Partei kann nicht entstehen, weil den Adel niemand zu*
5 *verwerfen wagt.“*

6 Franz Kafka, „Zur Frage der Gesetze“, 1920.

7 *„Zwischen Otto Wels und Lenin bestehen gewisse Gegensätze.“*

8 Kurt Tucholsky, „Fabel“, 1929.

9 **0) Das Auslaufen der Westerwelle**

10 Die konservative und kampf-liberale Bundesregierung ist deutlich im Meinungsbild der Bevölkerung
11 nach unten gerutscht.

12 Die zivilisatorische Krise wird durch Kriegführung, Kapital-Spekulationen, soziale und ökologische
13 Zerstörungen, Rohheiten und Dummheiten aller Art fortgesetzt.

14 Absurd ist somit auch die politische Vorstellung, Hartz-IV-Abhängigen Gutscheine verteilen zu
15 wollen. Hartz IV ist schon jetzt Armut und Demütigung per Gesetz.

16 Auf diese Weise wird man der Menschenwürde nicht gerecht.

17 All das stößt auf Missbilligung in der davon betroffenen Mehrheit des Landes und ist eine
18 Herausforderung für die gesellschaftliche Opposition bzw. die Verbesserung der gesamten
19 Lebensbedingungen.

20 **1) Ganz oben: Frieden**

21 Die intensivierten Kriege verschlingen Menschen, Haushalte und eine lebenswerte Zukunft.

22 Deswegen müssen die Kriege beendet, die Kriegsschäden beseitigt und Konflikte zivil und
23 demokratisch reguliert werden. Zu erwirken sind ebenso die Konversion der Rüstungsproduktion in
24 Kooperation mit Gewerkschaften und Wissenschaften, das Verbot von Rüstungsexporten, die
25 Entmilitarisierung der Gesellschaften bzw. der Aufbau nachhaltiger Friedenserziehung, der Ausbau
26 demokratischer Rechte sowie die Sicherung und Ausweitung der Strukturen sozialer
27 Sicherungssysteme.

28 Die kooperative Kultivierung sozialen Lebens sei oberstes Gebot der Entwicklung.

29 **2) Nie wieder Diktatur!**

30 Nationale Mythen, rassistische Ideologien und biologistische Vernebelungen sozialer Tatsachen, die
31 systematischen Herabminderungen ganzer gesellschaftlicher Gruppen dienen der Verewigung
32 sozialer Ungleichheit.

33 Damit einher gehen militärische Gewalt sowie strikte polizeiliche Ordnungspolitik, autoritäre
34 Verhaltensmuster, die Zerstörung der Vernunft und ein Menschenbild, das unterteilt in Knechte und
35 Herren.

36 Das Extrem dieses Systems ist die Einheit von Diktatur, Massenmord und Krieg.

37 Dagegen ist zu setzen ein praktisch wirksames aufgeklärtes Menschenbild in Wissenschaft, Kunst,
38 Kultur, Politik und alltäglichem Handeln, die demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen
39 Bereichen, die Entfesselung aus sozialer Not und auch die volle Wiederherstellung des Asylrechts.
40 Aus der Geschichte ist zu lernen.

41 **3) Aussicht**

42 „Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch *das höchste Wesen für den Menschen*
43 *sei*, also mit dem *kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein
44 erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Verhältnisse, die man
45 nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten
46 Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln.“

47 Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.“, 1844, MEW Bd. 1, S. 385.

48 Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind prinzipiell menschlich zu gestalten.

49 Wohlan.

50 **4) Hamburg**

51 Schwarz-Grün erhält denkbar schlechte Noten. Schlaglöcher werden geflickt. Rücktritte mehren
52 sich.

53 Rot ist der Kontrast zu Schwarz.

54 In diesem Verständnis wirken wir für:

- 55 ■ die Friedensstadt Hamburg,
- 56 ■ die Überwindung von Rechtsextremismus und Neofaschismus,
- 57 ■ die Ausweitung der sozialen Sicherungen für eine menschenwürdige Existenz,
- 58 ■ die demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- 59 ■ Bildung für Alle,
- 60 ■ Kultur für Alle,
- 61 ■ ökologisch vertretbare Wirtschaftspolitik
- 62 ■ die Rekommunalisierung (privatisierter) öffentlicher Einrichtungen.

63 Und: Für ein bewegendes Programm.

64 **5) Die Partei als Kooperative**

65 Die Linke entwickelt sich am besten als Programm-, Mitglieder- und Oppositionspartei -
66 im entsprechenden Zusammenwirken von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit.
67 Sie bedarf der politischen Bildungsarbeit und des unendlichen Lernens.

68 Das Zusammenwirken aller organisatorischer Ebenen und die Aufwertung der thematischen Arbeit
69 muss neu entwickelt werden.

70 Der Hamburger Landesverband mischt sich eigenständig in die Programmdebatte der Gesamtpartei
71 ein.

72 Die Kritik der Übel ist die Alternative zur Rechtfertigung der Übel.

73 Heiterkeit beginnt mit Intervention.

- 74 „Und das Lernen des Schauspielers muß zusammen mit dem Lernen der anderen Schauspieler, sein
75 Aufbau der Figur mit dem Aufbau der anderen Figuren vorgenommen werden. Denn die kleinste
76 gesellschaftliche Einheit ist nicht der Mensch, sondern zwei Menschen. Auch im Leben bauen wir
77 uns gegenseitig auf.“
78 Bertolt Brecht, „Kleines Organon für das Theater“, 1949.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Titel	Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Angelika Traversin, Martin Schöning, Nicolai Meyer, Olaf Walther (alle BV Nord)
Datum	06.04.2010

Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages

Der LPT möge beschließen:

Der Landesparteitag im Herbst 2010 wird als einen Schwerpunkt die anlaufende Programmdebatte der Bundespartei haben.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Doppelrennbahn in Horn
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	06.04.2010

Doppelrennbahn in Horn

Der Parteitag möge beschließen:

Die Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg lehnt die vom Senat geplante Doppelrennbahn für Traber und Galopper auf dem Gelände der bestehenden Horner Rennbahn ab. Die Zusammenlegung der beiden Hamburger Pferderennbahnen würde die Menschen in Horn durch die dann mehrmals wöchentlich stattfindenden Renn- und Übungstage z. B. durch verstärkten Verkehr zu stark belasten. Außerdem sehen wir die bestehenden sozialen und sportlichen Einrichtungen auf dem Gelände der Horner Rennbahn durch dieses Vorhaben gefährdet.

Vielmehr fordern wir den Ausbau dieses Geländes zu einem attraktiven Freizeitgelände für die Menschen in Horn, anstatt des Ausbaus der Rennbahn nur für wenige Zocker ohne Bezug zum Stadtteil. Die bisher für die Planungen zurückgestellten Gelder, die nach der Kenntnis der BO HaHoBo eine Höhe von ca. 35 Millionen Euro haben, sind in die Sanierung bestehender und die Schaffung neuer Stätten für den Breitensport zu investieren.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich insbesondere für eine transparente und nachvollziehbare Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Horn einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Initiativantrag: finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Stefan Dührkop und Ronald Wilken sowie die Stadtteilgruppe Wilhemsburg/Veddel
Datum	06.04.2010

finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts zu gewähren, wenn eine Strafanzeige bei einem Verstoß gegen die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobberinnen im Rahmen des SGB II und SGB III Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Um eine Strafanzeige zu formulieren bedarf es qualifizierter Kenntnisse im Sozialrecht. Bei unserer Strafanzeige waren vor allen Dingen Kenntnisse im SGB II und SGB III erforderlich. Ohne einen Rechtsanwalt hätten wir die Strafanzeige nicht bei der Staatsanwaltschaft einreichen können. Da DIE LINKE die einzige Partei ist, die sich vehement für die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze einsetzt, sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen um den Betroffenen Menschen zu helfen. Hierzu gehört nicht nur die Forderung unserer Partei nach Abschaffung der Hartz IV-Gesetze, sondern auch aktives Handeln auf allen Ebenen, ob parlamentarisch, juristisch oder auf der Straße. Die Strafanzeige war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Die Presseberichte und Rückmeldungen von anderen Landesverbänden sowie von vielen BürgerInnen hat uns gezeigt, wie wichtig es ist gegen die Hartz IV-Gesetze auch mit juristischen Mitteln vorzugehen.

Titel	Initiativantrag: Frieden beginnt mit Opposition
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	AG Frieden und Abrüstung
Datum	07.04.2010

Der Landesparteitag möge befassen, beraten und als Beitrag zur Programmdebatte beschließen:

Frieden beginnt mit Opposition

„Man kann auch aus der Opposition heraus Politik ändern. (...) Je komplexer und weit reichender die notwendigen Änderungen jedoch sind, umso enger sind dafür die Grenzen in der Opposition.“

(André Brie, „Mut zur Macht“, „Financial Times Deutschland“, 2.9.2009)

„Jeder Pazifismus, der den Krieg für Petroleum, für Industrien, für Schutzzölle nicht rundweg ablehnt, ist weder gesund noch ungesund, sondern überhaupt keiner.“

(Kurt Tucholsky, „Gesunder Pazifismus“, 1928)

DIE LINKE ist Friedenspartei. Sie lehnt Militäreinsätze, egal unter welchem Helm ab, engagiert sich für die Beendigung aller Kriege und die Abschaffung der Bundeswehr.

Um „regierungsfähig“ zu werden, sollen wir die NATO, die Militarisierung der EU und Auslandseinsätze der Bundeswehr akzeptieren.

Wir lehnen daher Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ab.

Wir fordern die Delegierten des Landesparteitages und des Bundesparteitages auf, nur solche Genossinnen und Genossen in die Vorstände zu wählen, die sich von diesen friedenspolitischen Vorstellungen leiten lassen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend ['solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge
Tagesordnungspunkt	12 (Änderungsanträge zu A-11-12)
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	06.04.2010

Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend ['solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge

Zu dem Antragstext von ['solid] werden drei Änderungen beantragt:

1. Punkt 3 wird erweitert durch: „dass der Hamburger Landesverband an die Tagung des Bundesparteitags, die sich mit dem Entwurf des Parteiprogramms befasst, einen Antrag stellt, dass die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr in das Kapitel 4. „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ des Parteiprogramms aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

2. Streichung Punkt 5

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

3. Änderung und Ergänzung von Punkt 6: „eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene solange abzulehnen ist, wie damit die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zur Weiterführung der Wehrpflicht verbunden ist.“

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:en

Zu 1.)

Damit dieser bedeutende Antrag nicht im Nirvana der Unverbindlichkeit verschwindet, ist es unerlässlich, eine konkrete Weiterbehandlung einzufordern. Hierzu bietet sich in besonderer Weise die bevorstehende Debatte bis zur Verabschiedung eines Parteiprogramms an. Für das längerfristige Ziel der Abschaffung der Bundeswehr wäre dieses grundsätzliche Parteidokument am besten geeignet.

In dem 1. Entwurf des Parteiprogramms heißt es zwar, dass für DIE LINKE Krieg kein Mittel der Politik sei. Dennoch wird die Logik des Militarismus nicht durchbrochen, insofern ein kollektives und gegenseitiges Sicherheitssystem gefordert wird. Der Glaube an das Gelingen einer Abschreckungspolitik wird aufrecht erhalten und Krieg als Mittel der Politik somit weiterhin nicht ausgeschlossen. Für eine Partei, die sich als Bündnispartnerin der Friedensbewegung versteht, ist eine solche Positionierung nicht hinnehmbar.

Zu 2.)

In Punkt 6 wird in ausreichendem Maße die friedenspolitische Haltelinie für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene benannt. Eine zusätzliche Abarbeitung an der aktuellen Lage der SPD geht über das eigentliche Anliegen des Antrags hinaus.

Zu 3.)

Friedenspolitische Haltelinie für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sollte nicht nur die Abschaffung der Wehrpflicht, sondern auch die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sein.